

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwlan

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pppn d



Inhalt

Dr. Erhard Eppler MdB, Mitglied des SPD-Präsidiums, legt Geißlers geistige Tradition bloß: **Uraltes Gift**, Seite 1

Gerhard Schröder MdB, SPD-Spitzenkandidat bei den niedersächsischen Landtagswahlen, würdigt den Wahlsieg der SPD an Rhein und Ruhr: **Auftrieb für Niedersachsen**, Seite 4

Klaus Wettig MdEP, Mitglied im Agrarausschuß des Europäischen Parlaments und Stellvertretender Vorsitzender des Landwirtschaftsausschusses beim SPD-Parteivorstand, kommentiert die Bonner Agrarpolitik: **Schaden für die Bauern**, Seite 6

Dr. Axel Wernitz MdB, Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, befaßt sich mit dem Abstimmverhalten der Grünen beim Mikrozensusgesetz: **Fragewürdig**, Seite 7

40. Jahrgang / 92

15. Mai 1985

Uraltes Gift

Warum Geißler im Mai 1985 zum Thema wird

Von Dr. Erhard Eppler
Mitglied des SPD-Präsidiums

Das Thema Geißler war überfällig. Unsere Demokratie hat nur eine Chance, wenn sie endlich das Gift ausschwitzt, das der mit Abstand perfideste Politiker dieser Republik genau dosiert in unsere geistig-politische Nahrung träufelt.

Die Muster, an die Geißler sich hält, sind gut 100 Jahre alt, älter als Goebbels. Aber die in der Tat einmaligen Haßorgien eines Goebbels wären ohne Wirkung geblieben, hätte er nicht auf ein altes, verhängnisvolles Grundmuster zurückgreifen können. Es stammt aus den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts. Kaum war das Deutsche Reich gegründet, da wurde die Nation aufgespalten in "Nationalgesinnte" und "Reichsfeinde". Die "guten Deutschen" rechts vom Zentrum zeichneten sich dadurch aus, daß sie die anderen Deutschen für "schlechte Deutsche" halten durften. Man war ein umso "besserer Deutscher", je mehr Deutsche man für "schlechte Deutsche" hielt.

Zu den "Reichsfeinden" gehörten keineswegs nur die "Vaterlandslosen Gesellen" der SPD; nein, auch die Linksliberalen und das katholische Zentrum, aus dem die CDU hervorging, waren "reichsfeindlich". "Reichsfeinde", das waren nicht Leute, die eine andere Vorstellung von der deutschen Gesellschaft hatten als der Kaiser oder der preußische Adel, "Reichsfeinde" waren subversive Elemente, die alle Ordnung untergruben und dies auch noch im Auftrag fremder, unheimlicher Mächte. Die sozialdemokratischen "Reichsfeinde" trieben ihr "Unwesen" als "Agenten" einer Internationale der "Umstürzler", die Katholiken nannte man "Ultra-Montane", weil sie von jenseits der Berge, von Rom, ihre Anweisungen empfingen.

So gab es nicht nur Bürger erster und zweiter Klasse, sondern Ordnungskräfte, die den Staat trugen und verdächtige Gesellen, die in fremden Auftrag ihr Vaterland verrieten.

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 1

Verdichtet Linotype
zu symbolischer Raftafolien
Reinigungs-Papier



Hitler mußte diese Unterscheidung nur noch etwas vergrößern, um die KZs zu rechtfertigen. Aus den "Reichsfeinden" machte er die "Novembervbrecher", die das unbesiegte Deutschland an den Feind ausgeliefert hätten. Während man "Reichsfeinde" allenfalls einsperrte (auch Feinde im Krieg nahm man als Soldaten gefangen), mußten Verbrecher "ausgemerzt" werden.

Ohne die frühe Spaltung der Nation hätte Hitler keine Chance gehabt. Die Deutschen waren vorbereitet auf ein Weltbild, in dem "die Juden" Teil einer zionistischen Weltverschwörung, die ganze Linke als willenloses Werkzeug Moskaus figurierte, die Liberalen als Anhängsel westlicher Dekadenz oder als "Puppe" der Freimaurer.

Sicher, Geißler ist nicht Goebbels, aber er knüpft an eine schlimme deutsche Tradition an, ohne die es Goebbels nicht - jedenfalls nicht erfolgreich - gegeben hätte. Schon als Geißler seine abgründig infame "Dokumentation" zum Terrorismus zusammenstellen ließ, war das Strickmuster klar: Mit Zitaten, die oft gar nichts mit dem Gegenstand zu tun hatten, sollten Gegner der CDU als Komplizen von Mördern kriminalisiert werden. Die einen standen für Ordnung, die anderen für Mord. Geißler hat sich dafür nie entschuldigt.

Mitte April erklärte Geißler: "Dem deutschen Volk wird zu wenig gesagt, daß die Sowjetunion, das sowjetische Regime, die eigentliche Schande unserer Zeit und unserer Zivilisation sind." Das war schon auf den 8. Mai gezielt. Wenn der Sowjetkommunismus die eigentliche Schande unserer Zeit ist, dann war dem Nazismus, der offenbar geringeren Schande, zugute zu halten, daß die Nazis - im Gegensatz doch wohl zu den Sozialdemokraten - wenigstens begriffen hatten, wo die eigentliche Schande lag. Dazu paßt nahtlos die Berufung des Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU darauf, daß ein junger Offizier namens Alfred Dregger schon 1945 im Kampf gegen die Rote Armee die NATO vorweggenommen habe. So kann man den Deutschen ersparen, über die eigene Vergangenheit nachzudenken, und so läßt sich auch die Kontinuität der Feindbilder wahren.

Es ist kein Zufall, daß der Fall Geißler im Mai 1985 akut wird. Wir sind wieder im Kampf zwischen "Ordnung und Umsturz", "Freiheit und Knechtschaft", "Gut und Böse". Was früher der Kaiser und das Reich waren, ist jetzt Ronald Reagan und die NATO. Entweder man ist dafür, legt dazu dauernd "Bekennnisse" ab, dann ist man ein "guter Deutscher". Oder man tut dies nicht, äußert sogar Zweifel an der Weisheit der gegenwärtigen US-Politik, dann ist man ein "schlechter Deutscher". Wer etwas am Kaiser auszusetzen hatte - und Wilhelm II. war doch wohl ein großanwahniger Narr - war ein "Verräter am Reich". Wer, zusammen mit Millionen von US-Bürgern, Ronald Reagan kritisiert, ist ein "Verräter an der NATO". Wer die Strangulierung des winzigen Nicaragua für unvereinbar mit dem Selbstbestimmungsrecht hält, verrät die westliche "Wertegemeinschaft".

Jetzt sollen die Deutschen eingeteilt werden in Pro-Amerikaner und Anti-Amerikaner. Da aber die Amerikaner gegen die "eigentliche Schande unserer Zivilisation" kämpfen, bedeutet Antiamerikanismus nichts weniger als Unterstützung des Schändlichen. Womit die Scheidung zwischen Gut und Böse zum Inhalt von Wahlkämpfen werden kann. Und darauf kommt es Geißler an.

Geißlers Politik konzentriert sich auf die Produktion von Feindbildern. Sie werden wissenschaftlich erforscht, semantisch konstruiert, vor allem aber mit alten, tief im Unterbewußtsein schlummernden Feindbildern verschmolzen. Man kann den Menschen schließlich nicht alle paar Jahrzehnte ganz neue Feindbilder zumuten. Je älter sie sind, desto tiefer sitzen sie. Geißler lebt von Feindbildern. Die Demokratie kann an Feindbildern sterben. Was war die NS-Ideologie schließlich anderes als eine besonders wirre Kollektion der unterschiedlichsten Feindbilder? Wo innenpolitische Konkurrenz in eine Schlacht zwischen Gut und Böse verwandelt werden soll, ist Demokratie in Gefahr. Die SPD lebt nicht von einem Feindbild CDU. Sie lebt aus ihren Grundwerten, ihrer Tradition, ihren Leistungen, ihren Symbolfiguren, ihrer Programmatik. Und daraus kann sich dann auch Polemik gegen andere Parteien ableiten. So und nur so funktioniert Demokratie.



Geißler scheint zu fürchten, daß der leichtsinnig versprochene Aufschwung, der alle Schwierigkeiten wegfegt, auch 1987 nicht vorzuzeigen sein wird. Also können die Deutschen 1987 die Union nicht wählen, weil sie etwas geleistet hat, sie sollen es tun, weil die SPD aus "Verrätern" besteht, "Verrätern" an allem, was dem Bürger teuer ist: der westlichen Demokratie, der NATO, den USA, der Marktwirtschaft, dem christlichen Abendland.

Daß dieses perfekte Spiel mit Feindbildern auch noch unter christlichem Firmenschild stattfindet, müßte eigentlich die Kirchen interessieren. Daß es aus einer politischen Richtung kommt, die einst selbst Opfer solcher Infamie war, zeugt für einen Zynismus, der auch für unsere Gesellschaft einzigartig ist.

Willy Brandts Zorn hat eine Auseinandersetzung unausweichlich gemacht, die irgendwann ohnehin geführt werden mußte. Die Wahl vom 12. Mai - wenige Tage nachdem manches Ritual nach der Methode Geißlers zelebriert worden war - zeigt, daß 1985 vielleicht zum ersten Mal in der deutschen Geschichte der Körper unserer Demokratie widerstandsfähig genug ist, mit dem Gift Geißlers fertig zu werden. Es gibt in der Union längst Leute, denen bei Geißlers zynisch konstruierten Feindbildern unheimlich wird. Jetzt muß die Mehrheit der Union erkennen, daß sie sich auch nicht auszahlen. Und die SPD tut gut daran, sich nicht mehr einschüchtern zu lassen.

Die meisten Deutschen wollen nicht, daß die Bundesrepublik - notfalls auf Kosten Europas - willfährig allen Kapriolen Reaganscher Politik folgt. Sie wollen, daß die Bundesrepublik ein aktiver Teil Westeuropas ist, und daß dieses Westeuropa im Bündnis mit den Vereinigten Staaten seine eigenen Interessen offen und ohne Ängstlichkeit vertritt. Wer diese Haltung buchstäblich ver-teufeln will, muß offenbar noch ganz andere Wunder erleben als die des 12. Mai 1985. Dafür müssen wir sorgen.

[~/15.5.1985/rs/ks]

+ + +



Auftrieb für Niedersachsen

Die Erfolge an der Saar, in Hessen und Nordrhein-Westfalen bieten gute Anknüpfungspunkte

Von Gerhard Schröder MdB
SPD-Spitzenkandidat bei den niedersächsischen Landtagswahlen

Eine Lehre aus den nordrhein-westfälischen Landtagswahlen drängt sich auf: Die Politik der Rechtsparteien in Bund und Ländern ist unfähig, Mehrheiten zu bilden. Der Grund liegt in mehreren Faktoren. Allzu einseitig wurden die Lasten der Krise verteilt. Der Abbau von Sozialleistungen, eine Steuerreformpolitik, die einseitig die Reichen begünstigt, lassen mehr und mehr Arbeitnehmer erkennen, daß ihre Interessen eben nur von der SPD vertreten werden. Mehr und mehr Rentner bagreifen, daß Kohl und Blüm ihre Renten nicht sicherer gemacht haben, sondern für die Existenz neuer Armut im Land verantwortlich sind. Jene Jugendlichen, denen Kohl vollmundig Lehrstellen versprochen hatte, und die ihm vertraut haben, fühlen sich betrogen und wenden sich von CDU und FDP ab. Bürger, denen die Erhaltung der Umwelt am Herzen liegt, durchschauen inzwischen die Zimmermannsche Ankündigungspolitik als zynisches Spiel mit ihren Ängsten. Wachsame Bürger haben Zweifel, daß Kohls sklavische Bindung an Reagans Aufrüstungspolitik wirklich ihrer Sicherheit dient.

Um nicht mißverstanden zu werden: Niemand hat etwas gegen die deutsch-amerikanische Freundschaft. Aber man muß sich dagegen wehren, daß sie einseitig durch die amerikanische Sicherheitspolitik definiert wird. Es gibt gemeinsame verfassungsrechtliche und kulturelle Traditionen, die als langfristige Gemeinsamkeiten Freundschaft sehr viel eher begründen können, als die wechselnden Anschauungen einer amerikanischen Administration zur Sicherheitspolitik. Aber Kohl ist nicht mehr frei. Nicht zuletzt, weil er den Besuch des amerikanischen Präsidenten so dilettantisch vorbereitet hat, sind seine politischen Möglichkeiten geschwunden. Auch dies wird mehr und mehr im Land erkannt.

Demgegenüber steht eine SPD, die wieder gezeigt hat, daß sie in der Lage ist, Mehrheiten zu bilden. Die Ergebnisse unserer Programmarbeit und deren glaubwürdige personelle Repräsentanz sind der Grund dafür. Mehr und mehr Bürger erkennen, daß unser Konzept der ökologischen Modernisierung der Industriegesellschaft geeignet ist den scheinbaren Gegensatz zwischen Arbeit und Umwelt aufzulösen,



also Arbeit in gesunder Umwelt zu schaffen. Wir stehen dafür, die schöpferischen Kräfte in Staat und Gesellschaft zusammenzufassen und nicht Staat und Markt als voneinander zu trennende Bereiche zu begreifen.

In der Sozial- und Steuerpolitik stellen wir den Gedanken der Solidarität neu in den Mittelpunkt unserer Arbeit und sorgen für eine gerechte Verteilung der auf die Gesamtheit zukommenden Lasten. Das nutzt den Schwachen und fordert einen gerechten Beitrag der Starken. Den Jungen im Land garantieren wir das Recht auf Ausbildung und schaffen außerbetriebliche Ausbildungschancen überall dort, wo das duale System versagt. Wir setzen selbstbewußt auf den Ausbau neuer Techniken. Aber wir sagen ebenso klar: Den Preis der Aufrüstung des Weltraumes bezahlen wir auch dann nicht, wenn etwas dabei abfällt. Und schließlich: Wir stehen für eine andere politische Kultur. Das Friedensgespräch in Nürnberg hat das gezeigt. Es ist eine Kultur, die das Erbe der Geschichte nicht verdrängt, die nicht eine Kollektivunschuld begründen will, die nicht vergißt, daß Politik für und mit Mehrheiten, die wir machen wollen, nur so moralisch ist, wie diese Politik ihre Minderheiten nicht vergißt.

Mit solchen Vorstellungen werden wir in Niedersachsen versuchen, an die Erfolge an der Saar, in Hessen und jetzt in Nordrhein-Westfalen anzuknüpfen. Unsere Ausgangslage ist nicht ganz so gut wie anderswo. Deshalb brauchen wir noch mehr die Hilfe der gesamten Partei. Jeder, der will, sollte sich aktiv in den niedersächsischen Landtagswahlkampf einschalten. Eines darf er dabei nicht vergessen: Viele die im Saarland, in Hessen und in Nordrhein-Westfalen neu zu uns gekommen sind, wissen noch nicht, ob sie bei uns eine endgültige politische Heimat finden wollen. Es wird an unserer praktischen Politik liegen, wie ihre Entscheidung ausfällt. Bei aller Freude über Wahlsiege, hierin liegt eine große Verpflichtung für uns.

(-/15.5.1985/rs/ks)

+ + +



Bonner Agrarpolitik vor dem Bankrott

Kohl hat bei seinen europäischen Partnern keinen Kredit mehr

Von Klaus Wettig MdEP
Mitglied im Agrarausschuß des Europäischen Parlaments
Stellvertretender Vorsitzender des Landwirtschaftsausschusses beim SPD-Parteivorstand

Die festgefahrenen EG-Agrarpreisverhandlungen offenbaren vor aller Öffentlichkeit, in welcher Sackgasse sich die Landwirtschafts- und Europa-Politik der gegenwärtigen Bundesregierung befinden. Nur mit Entschlossenheit und Führungsstärke könnte vermieden werden, daß dieses Desaster in einem Bankrott der bundesdeutschen Agrar- und EG-Politik endet. Daß von Bundeskanzler Kohl diese Leistung nicht mehr zu erwarten ist, beweist sein Fernschreiben an den Präsidenten der EG-Kommission, Jacques Delors.

Die Kompromißlosigkeit Bonns bei den Agrarpreisverhandlungen hilft der Landwirtschaft nicht, sondern schadet der Masse der Bauern sogar. Das angedrohte Veto straft alle europapolitischen Erklärungen des Kanzlers Lügen.

Für die Landwirtschaft ist festzuhalten: Klechles Beharren auf den überhöhten Getreidepreisen kostet die Masse der deutschen Bauern bares Geld. Über 450.000 bundesdeutsche Milchbauern haben wegen der Halsstarrigkeit der Bundesregierung seit dem 1. April auf eine Erhöhung der Richtpreise und damit rund 100 Millionen DM verzichten müssen. Klechle wird es schwer haben, ihnen diese Verluste zu erklären, denn trotz der Zahl von rund 680.000 getreideproduzierender Betriebe ist die Bundesrepublik bei weitem nicht der bedeutendste Getreideproduzent der EG. Die wirklich großen Getreideländer, Frankreich (flächenmäßig) und Italien (Zahl der Betriebe), haben jedenfalls eine größere Einsichtsfähigkeit als die Regierenden am Rhein.

Für Europa gilt: Kanzler Kohl, angetreten als europäischer Musterschüler, erweist sich in der praktischen Europapolitik als übler Falschspieler. Während Frankreichs Präsident Mitterrand trotz aller Schwierigkeiten Worte und Taten in Einklang bringt, scheint Kohl den Ehrgeiz entwickelt zu haben, seine Partner mit immer neuen deutschen Extratouren zu nerven. So wie jetzt, in dem er einen Monat vor dem Mailänder Gipfel, der das Veto abschaffen soll, sich für das erste deutsche Veto in der EG-Geschichte stark macht. Aber er hat schlechte Karten. In Agrarpreisverhandlungen hat sich noch immer die Mehrheit durchgesetzt, wie 1982, als Großbritannien, Dänemark und Griechenland gegen den Rest der EG-Länder unterlagen. Die Besonderheit an der jetzigen Lage ist, daß Kohl in einer Situation ist, wo er bei seinen Partnern keinen Kredit mehr hat.

Den Schaden haben die Europäer, aber auch die Landwirte, denen mit direkten Einkommensbeihilfen besser geholfen wäre, als mit widersinniger Subventionierung immer größerer Überproduktion, die auf dem Weltmarkt nur mit weiteren Zuschüssen und im Konflikt mit den USA unterzubringen ist.

1-/15.5.1985/rs/ks)

+ + +



Fragwürdig

Zum Abstimmverhalten der Grünen beim Mikrozensusgesetz

Von Dr. Axel Wernitz MdB
Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Im Bundestagsplenum begründete der Sprecher der Fraktion Die Grünen die Ablehnung des Mikrozensusgesetzes mit einer Absage an die vorgesehene Auskunftspflicht und sprach sich zugleich für einen sofortigen Übergang in die komplette Freiwilligkeit aus. Bei den intensiven Detailberatungen im Innenausschuß selbst hielt sich der Vertreter der Grünen jedoch weitestgehend hinsichtlich der konkreten Mitarbeit zurück und verwies auf die bereits feststehende Ablehnung des Entwurfs durch seine Fraktion.

Dies ist zwar alles andere als überzeugend, muß aber wohl hingenommen werden. Absolut unverständlich und inkonsequent ist es aber, wenn die Grünen einerseits vehement für das Prinzip der Freiwilligkeit reden und anschließend, wie im Plenum am 14. Mai 1985 geschehen, geschlossen gegen eine Beschlußempfehlung stimmen, mit der für die Zukunft das Prinzip der Freiwilligkeit im Mikrozensus dynamisiert wird.

Die Grünen haben im Bundestag Nein gesagt zu folgenden Beschlüssen:

- 1.) Die im Mikrozensus enthaltenen Befragungsteile sind ein wichtiger Schritt für die methodische Weiterentwicklung der Bundesstatistik. Der eingeschlagene Weg, Bevölkerungsbefragungen als Bundesstatistiken auf freiwilliger Grundlage durchzuführen, soll konsequent mit dem Ziel fortgesetzt werden, die Freiwilligkeit der Beantwortung möglichst auf alle Sachverhalte auszudehnen.
- 2.) Der Innenausschuß des Bundestages wird sich vor der Durchführung der vorgesehenen Testerhebungen auf freiwilliger Grundlage über Fragenprogramm und Auswahlverfahren berichten lassen. Über die laufenden Testerhebungen wird sich der Ausschuß aktuell unterrichten lassen und dabei die Erkenntnisse einbeziehen, die sich aus den freiwilligen Beratungsteilen im ersten Erhebungsjahr 1985 ergeben.
- 3.) Die Bundesregierung wird aufgefordert, bis zum 1. Januar 1988 über die Erfahrungen bei der Gesetzesdurchführung zu berichten. Dabei ist darzulegen, in welchem Umfang auf Erhebungen nach dem Mikrozensusgesetz wegen Reduzierung oder Wegfalls der sachlichen Notwendigkeit dieser Erhebung verzichtet werden kann und in welchem Umfang Erhebungen nach dem Mikrozensusgesetz durch weniger kostenintensive und gleichwertige oder bessere Umfragemethoden ersetzt werden können. Dabei sollen auch die neuesten Erkenntnisse der empirischen Sozialforschung und die Erfahrungen mit statistischen Erhebungen im Ausland bewertet und auf ihre Eignung für die Bundesrepublik geprüft werden.

Es ist schon ein schier unglaublicher Vorgang, daß die Fraktion der Grünen beim Mikrozensus zwar für das Prinzip der Freiwilligkeit abstrakt und unverbindlich redet, aber rundweg nein sagt, wenn es um wichtige Weichenstellungen in Richtung auf mehr Freiwilligkeit geht. Ein konkretes Beispiel mehr, weshalb die Wähler den Grünen zunehmend kopfschüttelnd in Scharen weglafen.

(-/15.5.1985/ks/rs)

+ + +

